

Kolonialismus auch die Last der Globalisierung. Die Instrumente der industriellen Entwicklung finden nicht die notwendige Unterstützung. Im Gegenteil: Die Regeln der Welthandelsorganisation erlauben erst gar nicht diese Art der Unterstützung, die den anderen nördlichen Ländern und Japan während deren industriellem Aufbau zur Verfügung stand. Wenn man sich Südkorea und dessen Strategie der industriellen Entwicklung in den 60er Jahren anschaut, dann wird deutlich, dass man dort Industriesektoren auswählte, um sie gezielt zu unterstützen und in Exportmärkte zu expandieren. Und genau das ist es: Wenn Wirt-

schaften wachsen sollen, müssen sie in der Lage sein, diese Strategie zu verfolgen. Allerdings hat die Welthandelsorganisation alle Zuschüsse und Fördermittel, die diese Strategie und Entwicklung fördern würden, verboten. Südliche Länder brauchen aber Unterstützung, wenn sie expandieren, wenn sie wirtschaftlich wachsen, eine industrielle Basis aufbauen und geeignete industrielle Aktivitäten und Exportmärkte finden wollen, um Jobs in ihrem eigenen Land zu schaffen und einen Wohlfahrtsstaat zu etablieren.

(Übersetzung aus dem Amerikanischen von Jana Kittelmann.)

Johannes Vogel

Ein S für ein F vormachen

Anknüpfungspunkte zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie

Hat der Sozialliberalismus noch eine Zukunft? Dieser die Mitte-Links-Debatte erweiternden und für manche sicher überraschenden Frage spüren wir mit Beiträgen aus unterschiedlichen Blickwinkeln nach. In der FDP gibt es neuerdings einige – zumeist jüngere – Stimmen, denen der Marktradikalismus als programmatische Basis nicht ausreicht und die das soziale Profil der Partei schärfen wollen. Unser Autor ist einer von Ihnen.

Dieses Jahr schrieb im Oktoberheft des Magazins *Cicero* der bekannte Liberalismus-Experte Gregor Gysi über die FDP, sie habe in den letzten 20 Jahren den politischen Liberalismus vernachlässigt und den wirtschaftlichen betont. Diese Unterscheidung stammt so eindeutig aus der antiliberalen Mottenkiste, dass man ihr nur der Form halber entgegenzutreten muss: Freiheit ist unteilbar. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung gibt es nicht ohne freiheitliche Politik und umgekehrt gilt das genauso. Aber dennoch gibt es etwas Spannendes an der Einlassung Gysis. Denn im gleichen Heft beschwerte sich Wolfgang Thierse über den Hang Gysis, Vorträge darüber zu halten, was denn das Wort sozialdemo-



Johannes Vogel

(* 1982) MdB, ist arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Von 2005 bis 2010 war er Bundesvorsitzender der FDP-Jugendorganisation Junge Liberale (JuLis).

johannes.vogel@bundestag.de

kratisch bedeute. Die SPD freilich, so Gysi, habe damit allenfalls teilweise etwas zu tun. Wir dürfen also verblüfft festhalten, die FDP ist allenfalls so halbliberal, wie die SPD halbsozialdemokratisch ist. Aber ebenso darf festgehalten werden, was auch immer FDP und SPD trennen mag, so teilen sie sich doch die Identität als Lieblings-

feind der sogenannten sozialistischen Demokraten. Das ist spannend: Vereint in der Verunglimpfung, das könnte einem doch zu denken geben.

Allein, die Geschichte von der programmatisch halbierten FDP ist zu verlockend, um nicht bisweilen von sämtlichen politischen Konkurrenten der FDP erzählt zu werden, auch von Sozialdemokraten. Das größte Ärgernis ist jedoch die Unbekümmertheit, mit der die FDP in den letzten etwa 20 Jahren auf solche Unterstellungen reagiert hat. Auf den Vorwurf der ökonomischen, genauer: der finanz- und steuerpolitischen, Perspektiververengung hat die FDP mit einem siegesgewissen Achselzucken reagiert. Das war ein Fehler. Schon das Thema Bürgerrechte stand etwas zurück, obwohl mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eine authentische Vertreterin bereitstand. Und das Thema Arbeit und Soziales beziehungsweise die Vermittlung liberaler Sozialpolitik stand sogar weit zurück.

Individuelle Autonomie zurückgewinnen

Wenn man es so will, versäumt es die FDP, eine ideengeschichtliche Tatsache in parteipolitische Programmatik und öffentliche Vermittlung umzusetzen. Denn der Liberalismus ist die politische Erscheinungsform der modernen Welt als solcher. Deren Personifikation ist das autonome Individuum. Und dieses hat ein Recht auf einen Staat mit klaren Aufgaben, weil er das freiheitsfunktionale Instrument schlechthin ist. In dieser grundsätzlichen Einsicht müssen liberale Sozialpolitik und die zugehörige Programmatik gründen. Und vor allem muss beides gepflegt und offensiv vertreten werden. Arbeit und Soziales sind dabei untrennbar verbunden. Die Produktivitätsgewinne der Marktwirtschaft bilden die Grundlage für sozialpolitisches Handeln, dessen Ziel wiederum nie etwas

anderes sein kann als die Selbstständigkeit des einzelnen Bürgers und das ist der arbeitende Bürger. Hierin liegt die soziale Dimension liberaler Politik, ihr Fluchtpunkt ist die Selbstbestimmung und -verwirklichung des Individuums. Letzteres verweist auf zweierlei: die Größe der Aufgabe und Möglichkeit von Partnerschaften.

Groß ist die Aufgabe, weil der deutsche Sozialstaat über die Jahrzehnte das Soziale immer mehr aus den Augen verloren hat, um sich dem Status zuzuwenden. Er konzentriert sich nicht auf den Schutz des Einzelnen vor echter Not, sondern mischt sich ganz ohne Not in die Lebensverhältnisse und -entscheidungen der Menschen ein. Gegen Not und Armut schützt effektiv das System der Grundsicherung, und zwar allen Unkenrufen zum Trotz. Das ist der eigentliche Erfolg des deutschen Sozialstaats: die unbedingte Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums. Dafür sollte jeder Steuern zahlen wollen. Aber warum zum Beispiel besteuert man normale Familien, teilweise auch noch erheblich überproportional, um ihnen dann dasselbe Geld über die Familienpolitik zurückzugeben? Warum genau gibt es ein unterschiedliches Arbeitslosengeld, je nachdem, ob man schon 50 Jahre alt ist, oder nicht? Wer so etwas allen Ernstes begründen will, tut klaren Gedanken Gewalt an. Hartz IV darf kein Stigma sein, also erfindet man den Hartz IV-Empfänger stigmatisierenden Kinderzuschlag, anstatt die Organisation der Grundsicherung einfach fairer zu gestalten. Die Bedienung von Gruppeninteressen ist längst ein Zweck deutscher Sozialpolitik geworden. Dabei müssen allein die Chancen zur Verwirklichung von Lebensträumen gewährleistet werden, und zwar auch durch staatlichen Schutz angesichts der Schicksalsschläge des Lebens. Was sagt es uns über die demokratische Mündigkeit von Politikern und Bürgern, wenn das Land Berlin im Rahmen des Skandals um die Treberhilfe die Kosten in

manchen sozialen Bereichen nur schätzen konnte? Eine genaue Bezifferung war unmöglich. Intransparenz und Unverständlichkeit schaffen Abhängigkeit und erzeugen zu Recht Misstrauen. Das ist bei Finanzmärkten nicht anders als bei Steuer- und Sozialsystemen. Überall gilt es also, ein Stück individuelle Autonomie zurückzugewinnen oder überhaupt erst einmal zu erobern. Menschen sollen selbst entscheiden können.

Das Fortschrittliche und das Konservative

An dieser Stelle kreuzen sich die Wege von Liberalismus und Sozialdemokratie. Ob es Sozialdemokraten gerne hören oder nicht, aber ohne den politischen Liberalismus hätte es wohl nie eine Arbeiterbewegung gegeben. Die SPD singt auf Parteitag »mit uns zieht die neue Zeit«. Gemeint ist

die politische Neuzeit, die moderne Demokratie und ihre Signatur, der Liberalismus. Außerdem singt die SPD »zur Sonne, zur Freiheit« – beide Orte werden als bekannt vorausgesetzt. Für die Sonne kann der Liberalismus nichts, für die Freiheit schon.

Historisch betrachtet ist die Sozialdemokratie die Bewegung, die aus der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts hervorging – und ihr letztlich eine liberale Antwort geben wollte. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat für ihre Interessen gestritten, aber sie hat stets versucht, den liberalen Grundwert der Freiheit zu achten. Das ehrt sie nach wie vor. Andere historische Strömungen der Arbeiterschaft in der sich seinerzeit industrialisierenden Gesellschaft haben einen anderen, fatalen Pfad eingeschlagen. Das Freiheitsstreben verbindet Liberalismus und Sozialdemokratie. Vielleicht streitet man sich gerade deswegen manchmal intensiver. Dennoch

scheint die sozialliberale Ära momentan eher ein Phänomen der Vergangenheit als ein Projekt der Zukunft zu sein. Tiefe Gräben verlaufen zwischen den Parteien. Die FDP hat durch die Vernachlässigung ihres sozialpolitischen Profils das Ihrige dazu beigetragen, diese Gräben aufzureißen. Die SPD allerdings auch und tut es mitunter weiterhin: Wer die Notwendigkeit der Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre bestreitet, indem er die eigenen Errungenschaften Stück für Stück wieder einsammeln will, oder wer den Schuldenberg der Bundesrepublik Deutschland nicht als Verhöhnung der jungen Generation attackiert, mit dem ist kein Staat zu machen. Wer das gesetzliche Lohndiktat, eine Rückabwicklung der Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes und höhere Steuern will, der bevorzugt offenbar eine gesplante Gesellschaft. Hier diejenigen die Arbeit haben, dort diejenigen, die kaum je eine Chance haben werden, die Mauern des Arbeitsmarktes zu erklimmen. Hier das Viertel der Bevölkerung, das als Zahlmeister die Staatskasse fast im Alleingang füllen muss, dort diejenigen, denen die Republik nur noch als Geldautomat begegnet.

Abgesehen von konkreten Fragen gibt es aber eine signifikante Differenz: Die FDP ist fortschrittlich, die SPD erscheint manchmal gar konservativ. Im deutschen Blätterwald erzählt man sich neuerdings gerne die Geschichte von der sozialdemokratisierten Union. Die Geschichte von der konservativ gewordenen SPD müsste ebenfalls erzählt werden. Schon die Prädikate der Wahlprogramme zur letzten Bundestagswahl repräsentieren dies. Wo bei der FDP in entscheidenden Passagen bevorzugt »reformiert«, »verändert« oder »umgebaut« wird, will die SPD »schützen«, »erhalten« oder »sichern«. In der Bundestagsfraktion der FDP sitzen 27 Abgeordnete, die 1971 oder später geboren wurden, bei der SPD 13. Das entspricht ungefähren Anteilen von 30 respektive 9%. Mit uns zieht die neue Zeit? Wer hat Angst vor

Atomkraft, Gentechnik oder Globalisierung überhaupt? Und wer nicht? Es sind nicht mehr die jungen, körperlich gestählten Arbeiter, die von der SPD repräsentiert werden, sondern eher der Öffentliche Dienst jenseits der Midlife-Crisis. Das ist kein Aufsteigermilieu und das Faszinierende an der Zukunft ist hier vor allem die Pension oder Rente. Gleichwohl hat die SPD noch Wurzeln, die in die politische Tatkraft hineinreichen. Ihr letztes Wahlprogramm trug immerhin den Untertitel »Anpacken«. Immerhin, aber wäre dort »Weitermachen« gestanden, hätte dies auch niemanden überrascht.

Anders gesprochen: Progressivität war einmal die verbindende Überschrift sozialliberaler Zusammenarbeit und könnte es heute wieder sein. Denn die Probleme sind doch mit Händen zu greifen. Selten hat es so klare politische Imperative gegeben: Deutschland schrumpft, hat Schulden und dazu Finanzierungssysteme, welche auf der Prämisse des Kinderhabens gründen. Und als ob das nicht genug wäre, wandern die klugen Köpfe aus Deutschland ab oder an Deutschland vorbei. Wer das alles nicht wahr haben will, sollte auch keine Politik machen wollen.

Das komplette Problemgefüge lässt sich dabei gut arbeitsmarktpolitisch und sozialstaatlich diskutieren, weil moderner Staat und Sozialstaat Synonyme sind. Die FDP sollte ihren Reformwillen verstärkt in diese Richtung lenken, während die SPD aufhören sollte, schockiert dorthin zu starren, um stattdessen wieder mal Fahrt aufzunehmen. Beide Parteien haben traditionell ein instinktives Problem mit Fremdbestimmung – vergleiche Gysi zum Einstieg. Deswegen sollte man hin und wieder einmal das Naheliegende ins Auge fassen: Schreibt man die Namen aller im Bundestag vertretenen Parteien auf ein Blatt Papier, so beläuft sich der Unterschied zwischen SPD und FDP auf genau einen Buchstaben, bei allen anderen ist der Unterschied größer.